ITF newsletter • bulletin d'informations nachrichten • nyhetsinformation

In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 4 April 1983

IN DIESER NUMMER

	Seite
Neues aus der ITF	
ITF-Vorstand tagt in Salzburg	36
Internationales: Planungsausschuß der Sekton Straßentransport tagt in Bayern	37
Transport und Verkehr	
USA: Verhängnisvolle Auswirkungen der Liberalisierung des Luftverkehrs	37
Gewerkschaften	
Internationales: Apell der Amnesty International für verhaftete Gewerkschafter	38
Europa: EWG-Gewerkschaften fordern Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit	39
Aus der Welt der Arbeit	
Dänemark: Lohnerhöhung für Eisenbahner	40
Neuer Heuertarifvertrag für Schiffsverpflegungspersonal	40
Deutschland: Bundesweite Aktion der ÖTV-Fernfahrer	40
Großbritannien: Eisenbahner erhalten Lohnerhöhung für das Jahr 1982	41
NUS fordert größere Sicherheit auf See	41
Japan: Hafenarbeiter streiken für Beschäftigungssicherheit	42
Südafrika: Hafenstreik von Port Elizabeth endet	42
GWU setzt Verbesserungen für Stauarbeiter durch	43
Mehr schwarze Südafrikaner bei britischen Firmen zu Hungerlöhnen beschäftigt	43
USA: Container-Umschlagsrecht bestätigt	44
Kurznachrichten	44
Todesfälle	45
Personalien	46
Bevorstehende Tagungen	47
Anhang 1: IBFG-Aufruf zum 1. Mai 1983	
Anhang 2: Erklärung der Südafrikanischen General Workers' Union (GWU)	

International Transport Workers' Federation · Fédération Internationale des Ouvriers du Transport · Internationale Transportarbeiterföderation · Internationella Transportarbetarefederationen · Federación Internacional de los Trabajadores del Transporte
133-135 Great Suffolk Street, London SE1 1PD, England · Tel: 01-403 2733 · Telex: 8811397 ITF LDN G · Telegrams: Intransfe, London SE1

NEUES AUS DER ITF

ITF-Vorstand tagt in Salzburg

Am 15. und 16. März 1983 fand in Salzburg eine Sitzung des ITF-Vorstandes statt. Unmittelbar vor der Vorstandssitzung, am 14. März, tagte der Geschäftsführende Ausschuß der ITF, ebenfalls in Salzburg. Gastgeber beider Sitzungen war die österreichische Gewerkschaft der Eisenbahner.

Der Vorstand beschloß einstimmig, den Kollegen Jim Hunter (Vorsitzender der kanadischen Gewerkschaft der Eisenbahner u. Transportarbeiter -- BRTGW) als Nachfolger des ausgeschiedenen Kollegen Don Nicholson in den Vorstand zu kooptieren. Ferner wurde der Kollege Johnny Grönberg (Vorsitzender der Schwedischen Transportarbeitergewerkschaft) als Nachfolger des ausgeschiedenen Kollegen Bertil Gustavsson in den Vorstand kooptiert.

Der Vorstand diskutierte ausführlich den Bericht über die Tätigkeit der Föderation seit der letzten Vorstandssitzung im Oktober 1982. Dieser Bericht enthielt u.a. Einzelheiten über die Beilegung des Arbeitskonfliktes bei EL AL, die Entführung eines libyschen Flugzeuges nach Malta und die Ablagerung von Atommüll auf See. Ferner wurden dem Vorstand Berichte über die Anfang März abgehaltene Europäische Seeleutekonferenz der ITF sowie über die jüngsten Entwicklungen im Arbeitskonflikt zwischen der südafrikanischen General Workers' Union (GWU) und den staatlichen Transportdiensten Südafrikas (SATS) unterbreitet. + Letztens nahm der Vorstand Kenntnis von den Berichten der ITF-Regionalvertreter Medardo Gomero (Lateinamerika), M.S. Hoda (Asien) und Ben Udogwu (Afrika) über die jüngsten Entwicklungen in Ghana, Pakistan, Japan und Argentinien, sowie über die allgemeine Situation in den von ihnen betreuten Regionen.

Der Vorstand befaßte sich ausführlich mit der finanziellen Situation der Föderation und bestätigte die Budgetentwürfe für das Jahr 1983. Sodann genehmigte der Vorstand eine Reihe von Dokumenten, die an den bevorstehenden Kongreß der ITF gerichtet sind (diese Dokumente werden allen angeschlossenen Gewerkschaften demnächst zugestellt werden) und beschloß, Geld für die Unterstützung von Gewerkschaften in Entwicklungsländern bereitzustellen, die nicht in der Lage sind, die gesamten Kosten der Entsendung eines Vertreters zum ITF-Kongreß zu übernehmen.

+ Siehe auch Bericht auf S. 42 sowie den Anhang 2 dieser Nummer der ITF-Nachrichten

Der Vorstand befürwortete (abhängig von der befriedigenden Erledigung der noch ausstehenden Formalitäten) die Beitrittsgesuche von fünf Gewerkschaften aus Australien, Fidschi-Inseln, Neuseeland und Portugal. Der Generalsekretär teilte mit, daß er auch ein Beitrittsgesuch von der italienischen Transportarbeiterföderation FILT-CGIL erhalten habe. Da es jedoch infolge des verspäteten Empfangs dieses Beitrittsgesuches nicht möglich war, die vorbereitenden Formalitäten abzuwickeln, wurde beschlossen, die Behandlung dieses Beitrittsgesuches bis zur nächsten Vorstandssitzung zurückzustellen.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 18. und 19. Oktober 1983 unmittelbar vor dem ITF-Kongreß in Madrid statt.

INTERNATIONALES

Planungsausschuß der Sektion Straßentransport tagt in Bayern

Vom 28. bis 30. März 1983 fand in Aschau bei München eine Sitzung des Planungsausschusses der ITF-Sektion Straßentransport statt. Zu dieser Sitzung waren Berufsfahrer und Gewerkschaftsfunktionäre aus Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Aufgabe der Sitzung war es, den Verkehrsknoten und Engpaß Südbayern näher zu untersuchen, und weiter in das Problem des grenzüberschreitenden Verkehrs im Straßentransport einzudringen. Im Rahmen der Sitzung hielten bayerische Verkehrspolizisten und Zollbeamte Referate über diverse Aspekte dieses Problems. Außerdem besuchten die Sitzungsteilnehmer den Grenzübergang Kiefersfelden/Kufstein, um sich mit der praktischen Arbeit des Zolls und der Grenzpolizei vertraut zu machen.

TRANSPORT UND VERKEHR

USA

Verhängnisvolle Auswirkungen der Liberalisierung des Luftverkehrs

Der Präsident der Luftfahrtsgesellschaft Air Florida, Donald Lloyd-Jones, hat die geplante Liberalisierung der britischen Luftfahrt als eine "verhängnisvolle Maßnahme" bezeichnet und erklärt, daß die britische Luftfahrt in eine gleich schwierige finanzielle Lage geraten würde wie die amerikanische Luftfahrt, falls die konservative britische Regierung auf Durchführung ihrer Liberalisierungsmaßnahmen bestehe.

Lloyd-Jones stellte fest, daß die immer größer werdenden Defizite fast aller amerikanischen Luftfahrtsunternehmen während der letzten Jahre dem durch die Liberalisierung ausgelösten Konkurrenzkampf zuzuschreiben sind. Die Air Florida verzeichnete am Anfang der Liberalisierungswelle beachtliches Wachstum, jedoch während der letzten vier Jahre schockierende Verluste.

Der Chef der Air Florida erklärte ferner, ein ehrlicher Mann müsse bei der Beurteilung des Liberalisierungsexperiments in den USA zu der Feststellung gelangen, daß die Servicequalität zurückgegangen ist, viele Bestimmungsorte weniger gut bedient werden als vor der Liberalisierung und daß die Flugpreise nur auf einigen wenigen populären Strecken zur Zeit niedriger sind als vorher. Selbst wenn die Wirtschaft in den USA wieder aufblühen und die Nachfrage ansteigen sollte, müßten die Auswirkungen der Liberalisierung als verhängnisvoll bezeichnet werden, was sich auch in Zukunft nicht ändern würde.

GEWERKSCHAFTEN

INTERNATIONALES

Appell der Amnesty International für verhaftete Gewerkschafter

Amnesty International hat anläßlich des Ersten Mais 1983 ihren diesjährigen Appell für Arbeiter und Gewerkschafter veröffentlicht, die sich aufgrund der Unterstützung ihrer Arbeits- und Gewerkschaftskollegen in Haft befinden. Die von Amnesty International veröffentlichte Liste erstreckt sich über einen großen geographischen Bereich und enthält die Namen vieler verhafteter Arbeiter und Gewerkschafter, sowie von Häftlingen, die ohne formelle Beschuldigung festgehalten werden und von Personen und Gewerkschaftern, die einfach "verschwunden" sind.

Drei Gewerkschafter, die entweder von ihren Regierungen oder mit deren stillschweigender Zustimmung ermordet worden sind, werden spezifisch erwähnt, und zwar: a) Die Kollegin Ana María Martinez aus Argentinien, eine Gewerkschafterin und Unterstützerin der sozialistischen Arbeiterpartei. Sie war zur Zeit ihrer Entführung durch Angehörige der staatlichen Sicherheitsdienste im dritten Monat schwanger. Am Ende fand man ihre verscharrte Leiche in einem Vorort von Buenos Aires. b) Der Kollege Juan Ramón Olivares Perez aus Chile, ehemals führender Funktionär der jetzt verbotenen größten Gewerkschaftsföderation des Landes (CUT). Kollege Perez verschwand im November 1980. Kurz danach wurde seine Leiche gefunden. Sie wies Zeichen der Mißhandlung auf und wurde von seinem Vater identifiziert (Perez war von der chilenischen Geheimpolizei unter mysteriösen Umständen erschossen worden). c) Peddi Shankar, ein 23 Jahre alter radikaler indi-

scher Student, der sich zur Zeit seiner Ermordung durch die Polizei der Organisierung der einheimischen Bevölkerung und der armen Farmer des indischen Staates Maharashtra widmete (gemäß Zeugenaussagen wurde er in den Rücken geschossen, obwohl weder er noch seine vier Freunde auch nur einen Schuß abgefeuert hatten).

Ferner werden im Appell der Amnesty International acht Häftlinge erwähnt: u.a. Florencio Torobeo (ein Anführer der peruanischen Bauernbewegung) und Alberto Altesor Gonzalez aus Uruguay (ein ehemaliger Eisenbahner), deren Gesundheitszustand aufgrund der schlechten Gefängnisbedingungen Anlaß zu ernster Sorge gibt; Jiri Gruntorad, ein tschechischer Staatsbürger, der die Charta 77 unterzeichnet hat (Gruntorad wurde wegen Verteilung nicht-zensierten Propagandamaterials zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach Abdienung dieser Strafe wird er weitere 3 Jahre unter Polizeiaufsicht stehen.); der Pole Tadeusz Kolodziejski, ein ehemaliger Regionalfunktionär der unabhängigen Gewerkschaftsorganisation "Solidarität" und Arbeitnehmer in der Traktorenfabrik "Ursus" (Er wurde wegen seiner Beteiligung an einem Streik zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. In seinem Fall besteht die Gefahr, daß er erblinden könnte.); und ein Zweigstellenfunktionär der Motor Assemblers' und Component Workers' Union in der südafrikanischen Provinzstadt Port Elizabeth, über den ein zweijähriges Beschäftigungsverbot verhängt wurde, ohne daß man ihn irgendeines Vergehens beschuldigt hatte.

EUROPA

EWG-Gewerkschaften fordern Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit

Bei einem Gipfeltreffen von Gewerkschaftsführern aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) am 2. März in Brüssel, das am gleichen Tage stattfand wie die Tagung der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs der EG-Länder, wurden erneut konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung eines wirtschaftlichen Aufschwungs und einer parallelen Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten gefordert. Der Europäische Gewerkschaftsbund dringt seinerseits auf Verhandlungen der EG-Regierungen mit anderen Industrieländern über deren Beitrag im Rahmen einer weltweiten Aktion zur Förderung des Wiederaufschwungs. Jede Regierung und die EG werden aufgefordert, größte Investitionsprogramme aufzustellen und deren Durchführung zu koordinieren. Die neuen Programme für öffentliche Investitionen zur Arbeitsplatzbeschaffung sollten mindestens 1% des Bruttosozialproduktes umfassen. Der Europäische Rat sollte nach Ansicht des EGB den Gemeinschaftsinstitutionen den klaren Auftrag erteilen, eine Regelung auszuarbeiten und zu verabschieden, durch die beachtliche Kürzungen der Arbeitszeit auf gesamteuropäischer Basis sichergestellt werden. Die Maßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Gruppen, wie Frauen und Jugendliche, sollten verstärkt werden.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DÄNEMARK

Lohnerhöhung für Eisenbahner

Die im Dienste der dänischen Staatsbahnen stehenden Arbeitnehmer haben einen neuen Kollektivvertrag, der vom 1. April 1983 bis 31. März 1985 gilt und eine gestaffelte allgemeine Anhebung der Löhne in vier Etappen von je 1.200 Dkr am 1. April und 1. Oktober 1983 und am 1. April und 1. Oktober 1984 vorsieht. Ferner werden die Grundlöhne an diesen vier Daten um jeweils 1,33% angehoben.

Neuer Heuertarifvertrag für Schiffsverpflegungspersonal

Ein von der uns angeschlossenen dänischen Gewerkschaft des Schiffsverpflegungspersonals vor kurzem unterzeichneter Heuertarifvertrag sieht eine Erhöhung der Monatsheuern aller im Verpflegungssektor beschäftigten Dienstgrade (Chef-Steward, Koch, Messemann und Stewardeß) um 467 Dkr ab 1. April dieses Jahres vor. Am 1. April nächsten Jahres werden die Heuern um 467 Dkr angehoben.

DEUTSCHLAND

Bundesweite Aktion der ÖTV-Fernfahrer

Der stellvertretende Vorsitzende der uns angeschlossenen deutschen Gewerkschaft ÖTV, Siegfried Merten, hat zum Auftakt einer bundesweiten Aktion der ÖTV-Fernfahrer erklärt, daß die Arbeitsbedingungen der Fernfahrer im höchsten Maße gesundheitsschädlich, familienfeindlich und unsozial sind. Gemäß Merten vermindern Übermüdungserscheinungen, Stress und ständig wechselnde Arbeitszeiten bedingterweise die Konzentration am Steuer. Aus diesem Grunde erhöhen bessere Arbeitsbedingungen von Fernfahrern auch die Verkehrssicherheit auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Aktion der Fernfahrer war gegen die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber bei den Manteltarifverhandlungen gerichtet. Die Arbeitgeber hatten bereits in der ersten Verhandlungsrunde im Februar dieses Jahres zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit sind, noch in diesem jahr einen neuen Bundesmanteltarifvertrag abzuschließen. Aus diesem Grunde die zweitägige bundesweite Aktion der Fernfahrer. Im Rahmen dieser Aktion informierten die der ÖTV angeschlossenen Fernfahrer an Raststätten und Grenzübergängen sowie sonstigen Sammelpunkten ihre Berufskollegen mit Flugblättern, Gesprächen und Diskussionen und riefen zu nachdrücklicher Unterstützung für die weiteren Verhandlungen auf.

Da sich eine besondere Klage der Fernfahrer auf die zu kurzen Ruhe- und Erholungszeiten bezieht, sowie auf unzumutbare Belastungen durch Ladearbeiten, steht die Forderung nach mehr Freizeit an oberster Spitze des von der Gewerkschaft ÖTV nach einer ausführlichen Umfrage unter Fernfahrern aufgestellten Kataloges. Spezifisch fordern die Fernfahrer 5 Tage mehr Urlaub nach einer Betriebszugehörigkeit von über 6 Monaten sowie 10 arbeitsfreie Kalendertage im Monat, davon mindestens einmal im Monat 3 und mindestens zweimal im Monat 2 zusammenhängende Kalendertage. Die Höchstarbeitszeit für Ein-Mann-Fahrer soll auf 210 Stunden im Kalendermonat begrenzt werden. Das bedeutet noch immer eine wöchentliche Arbeitszeit von etwa 50 Stunden im Gegensatz zu derzeit 57 Arbeitsstunden.

Die ÖTV fordert außerdem ein gesetzlich oder tarifvertraglich vereinbartes Be- und Entladeverbot, da die Ladetätigkeit der Fernfahrer nach Auffassung der Gewerkschaft ÖTV eine wesentliche Ursache für Unfälle infolge körperlicher Erschöpfung darstellt.

97,5% der befragten Fernfahrer sind fest entschlossen, diese Forderungen durchzusetzen. Hierzu Merten: "Ohne Fernfahrer rollt nichts! Wir fordern die Arbeitgeber daher mit allem Nachdruck auf, über diese Forderungen zu verhandeln, damit die Fernfahrer nicht länger das soziale Schlußlicht im Verkehrsgewerbe bleiben".

GROSSBRITANNIEN

Eisenbahner erhalten Lohnerhöhung für das Jahr 1982

Die britischen Eisenbahner haben nach einer sechs Monate langen Verspätung jetzt endlich die sechsprozentige Lohnerhöhung erhalten, die ihnen im September vorigen jahres von einer Schlichtungsinstanz zugesprochen wurde.+ Alle Streitigkeiten, die bis jetzt die Auszahlung dieser Lohnerhöhung verzögert haben, sind nunmehr beigelegt worden.

+ Siehe ITF-Nachrichten Nr. 8/9, 1982, S. 83

NUS fordert größere Sicherheit auf See

Die der ITF angeschlossene britische Seeleutegewerkschaft NUS hat unter Bezugnahme auf die Unfallsziffern für das Jahr 1982 (15 Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang und 41 Schwerverletzte) eine intensive Kampagne begonnen, deren Ziel in der Verbesserung des "schockierenden" Sicherheitsniveaus im britischen Offshore-Sektor der Nordsee besteht. NUS-Zentralsekretär Ron Spruhan forderte den Einsatz von mehr Sicherheitsinspektoren, um die strikte Befolgung aller Sicherheitsvorschriften wirksam zu kontrollieren. (Gegenwärtig gibt es nur 32 Inspektoren für insgesamt 100 Offshore-Installationen). Ferner sollten die Sicherheitsinspektoren berechtigt sein, Offshore-Installationen ohne vorherige Ankündigung zu kontrollieren.

Die NUS ist außerdem darüber besorgt, daß jeder sechste im britischen Offshore-Sektor der Nordsee beschäftigte Arbeitnehmer Ausländer ist. Viele dieser ausländischen Kollegen erhalten schlechte Löhne (weniger als den von der NUS ausgehandelten Tarif) oder sind nicht ordnungsgemäß ausgebildet und stellen somit ein Sicherheitsrisiko dar.

JAPAN

Hafenarbeiter streiken für Beschäftigungssicherheit

Am 18. April haben die in über sechzig japanischen Häfen beschäftigten Arbeitnehmer einen eintägigen Streik durchgeführt. Am folgenden Tage wurde ein Boykott gegen Export-Übersee-Container aufgehoben, nachdem es zu einer Einigung mit den Arbeitgebern über Maßnahmen zum Schutze der Beschäftigungssicherheit der Hafenarbeiter gekommen war.

SÜDAFRIKA

Hafenstreik von Port Elizabeth endet

Der seit etwa fünf Monaten andauernde Streik der im Dienste der Südafrikanischen Transportdienste (SATS) + in Port Elizabeth beschäftigten Hafenarbeiter wurde am 10. Februar eingestellt, nachdem die streikenden Hafenarbeiter beschlossen hatten, ihre Entlassungen zu akzeptieren und die ihnen zustehenden Lohnzahlungen entgegenzunehmen. Ihre Gewerkschaft, die General Workers' Union (GWU), hat diesen Entschluß der Hafenarbeiter in einer Erklärung begründet, die im Anhang 2 zu dieser Nummer der ITF-Nachrichten wiedergegeben ist.

Die der ITF angeschlossenen Hafenarbeitergewerkschaften in Australien, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden haben ihre Unterstützung der südafrikanischen GWU dadurch bekundet, daß sie den in Häfen ihres Landes einlaufenden Schiffen der südafrikanischen Reederei SAFMARINE Protesterklärungen überreichten, in denen betont wurde, daß die südafrikanischen Hafenarbeiter das Recht haben sollten, einer Gewerkschaft ihrer Wahl beizutreten. Aus der im Anhang 2 wiedergegebenen GWU-Erklärung geht hervor, daß der Kampf um dieses Recht andauern wird, möglicherweise auf breiterer Basis.

+ Siehe auch die Anhänge der ITF-Nachrichten für März, Mai, Juni, August, September und Oktober 1982.

GWU setzt Verbesserungen für Stauarbeiter durch

Die der ITF angeschlossene südafrikanische General Workers' Union (GWU) hat vor kurzem im Namen der bei privaten Stauereiunternehmen in Kapstadt, East-London, Port Elizabeth und Durban beschäftigten Arbeitnehmer einen neuen Kollektivvertrag für das Jahr 1983 abgeschlossen, der u.a. folgende Verbesserungen vorsieht:

- Erhöhung des wöchentlichen Garantielohnes von 34 auf 36 Arbeitsstunden (Port Elizabeth 36,1 Arbeitsstunden);
- Erhöhung des Tagesgrundlohnes der Stauarbeiter auf 16 Rand (East-London und Port Elizabeth), 16,50 Rand (Durban) bzw. 17 Rand (Kapstadt);
- für Arbeit an öffentlichen Feiertagen wird in Kapstadt und East-London der gleiche Tarif gezahlt wie für Arbeit an Sonntagen (die Stauarbeiter von Port Elizabeth erhalten 28 Rand für Arbeit an öffentlichen Feiertagen);
- das Urlaubsgeld entspricht in Zukunft dem wöchentlichen Garantielohn für drei Arbeitswochen;
- Zahlung einer Jahresprämie in Höhe von fünf Tageslöhnen, die in der zweiten Dezemberwoche ausgezahlt wird;
- über einen Zeitraum von zwei Jahren haben Arbeitnehmer Anspruch auf 24 bezahlte Krankheitstage. Das Krankengeld entspricht dem normalen Tageslohn;
- die neuen Überstundentarife sind wie folgt: 2,82 Rand pro Stunde in East-London und Port Elizabeth, 3 Rand pro Stunde in Kapstadt.

Nachtarbeit wird in Kapstadt mit einer Zulage vergütet; desgleichen Arbeit am Containerumschlagsplatz. Sowohl in Kapstadt als auch in Port Elizabeth ist eine Zulage in Höhe von 1 Rand für die Handhabung schmutziger, gefährlicher und gesundheitsschädlicher Ladungen zahlbar. Das gleiche gilt für den Umschlag von Gefrierladungen und verderblicher Frucht.

Mehr schwarze Südafrikaner bei britischen Firmen zu Hungerlöhnen beschäftigt

Die Zahl der schwarzen Südafrikaner, die in der Republik Südafrika von britischen Firmen zu Hungerlöhnen beschäftigt werden, hat sich während der letzten zwei Jahre verdoppelt. Gemäß einer Statistik der britischen Handelskammer erhielten im Juni 1982 rund 2000 schwarze Südafrikaner einen Lohn, der unter der Armutsgrenze liegt. Vor zwei Jahren betrug die Zahl dieser Arbeitnehmer nur 1000.

Parlamentsabgeordnete der Labour-Partei werden im britischen Unterhaus beantragen, daß wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß britische Firmen die im Jahre 1977 von der EWG erlassenen Verhaltensrichtlinien befolgen, in denen es heißt, daß Firmen mit Interessen in Südafrika als Anfangslohn einen Mindestlohn zahlen sollten, der zumindest 50% über der Armutsschwelle liegt.

Voriges Jahr haben dreizehn britische Firmen keine Angaben über den Verdienst ihrer südafrikanischen Arbeitnehmer veröffentlicht. Drei weitere Großfirmen, die der Handelskammer diesbezügliche Angaben unterbreitet haben, zahlen Löhne, die unter der Armutsgrenze liegen.

USA

Container-Umschlagsrecht bestätigt

Die für Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen zuständige USA-Behörde hat erklärt, daß die der ITF angeschlossene amerikanische Hafenarbeitergewerkschaft ILA berechtigt ist, für Mitglieder das alleinige Recht der Abfertigung von gemischten Containern zu beanspruchen, deren Ursprungs- bzw. Bestimmungsort in einem Umkreis von nicht mehr als 50 Meilen der an der Ost- und Golfküste befindlichen Häfen liegt. Die Behörde bezeichnete das diesbezügliche Umschlagsabkommen der ILA als ein berechtigtes Mittel zum Schutze der Arbeitsplätze der Hafenarbeiter.

Dieses Umschlagsabkommen wurde bereits im Jahre 1973 kollektivvertraglich ausgehandelt, konnte jedoch (abgesehen von einer sechswöchigen Zeitspanne im Jahre 1981) bis jetzt nicht zur Anwendung gelangen, weil es ständig gerichtlich angefochten wurde.

Durch die Entscheidung der genannten Behörde war es der ILA ferner möglich, den Abschluß eines neuen Tarifvertrages (mit einer Laufzeit von 3 Jahren) vorzeitig durchzusetzen. Dieser ab 1. Oktober 1983 geltende Vertrag bringt den Hafenarbeitern eine jährliche Erhöhung der Stundenlöhne (gegenwärtig 14 $) um 1 $.

KURZNACHRICHTEN

Argentinien: Am 28. März fand in Argentinien ein Generalstreik gegen die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Regierung statt. Während des Streiks waren sämtliche Verkehrsdienste (Eisenbahn, Autobusse, Untergrundbahn und Luftverkehr) gelähmt.

Bundesrepublik Deutschland: Die Bundesregierung hat infolge des starken gewerkschaftlichen Drucks den im Mai vorigen Jahres verlautbarten Gesetzesentwurf über die Besteuerung der Verpflegung und privater Telefongespräche von Seeleuten rückgängig gemacht.

+ Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 6/1982, S. 58.

Griechenland: Gegen Ende vorigen Monats hat das Personal der Olympic Airways in Unterstützung seiner Forderungen auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einen 48-Stunden-Streik durchgeführt.

Großbritannien: Die der ITF angeschlossene britische Gewerkschaft der Funk- und Elektronikoffiziere hat die übrigen britischen Seeleutegewerkschaften um Unterstützung in ihrem Kampf gegen die von der Regierung geplanten Ausnahmebewilligungen für Küstenschiffe ersucht.

+ Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 3/1983, S. 28.

Großbritannien: Der Streik der im Hafen von Tilbury beschäftigten Mitglieder der uns angeschlossenen Britischen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) dauert an (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 3/1983, S. 31) und wird von den in Getreide- und Containerumschlagsplätzen beschäftigten Arbeitern aktiv unterstützt.

Frankreich: Anfang dieses Monats wurde in Frankreich das offizielle Rücktrittsalter von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben die italienische Regierung, die Arbeitgeber und Gewerkschaften eine neue Vereinbarung über die lohnmäßige Entschädigung der Arbeitnehmer infolge des Anstiegs der Lebenshaltungskosten unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht eine Erhöhung der Löhne um 13% im Jahre 1983 und um 10% im Jahre 1984 vor, wobei jedoch zusätzliche Erhöhungen erfolgen können, falls die Inflationsrate die genannten Grenzen überschreitet. Weitere Verbesserungen der Vereinbarung befassen sich mit einer Reduzierung der Arbeitszeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Pakistan: Gegen Ende vorigen Monats begann aufgrund des Scheiterns der Verhandlungen mit der lokalen Hafenbehörde ein Streik der Hafenarbeiter von Karatchi, der bei Niederschrift dieser Meldung noch andauerte.

Panama: Die Regierung von Panama beabsichtigt, künftig öffentliche Untersuchungen größerer Unglücke von Schiffen unter der Panama-Flagge vorzunehmen. Die Kosten dieser Untersuchungen sollem mit einer "Sondergebühr" in Höhe von 3 Cent pro registrierte Tonne Schiffsraum gedeckt werden. Für bestimmte Schiffe, die besondere Risiken darstellen (wie z.B. Tankschiffe usw.) beträgt diese besondere Gebühr etwa 850 US $ pro Jahr. Im Falle anderer Schiffe liegt sie zwischen 300 und 500 US $.

Portugal: Am 9. April endete ein elf Tage langer Eisenbahnerstreik, nachdem die Regierung sich bereiterklärte, den Lohnforderungen der Eisenbahner stattzugeben.

Venezuela: Am 8. April endete ein fünf Tage langer Streik der in neun Schlüsselhäfen des Landes beschäftigten Arbeitnehmer, nachdem ein Regierungsvertreter versprochen hatte, die Auszahlung der Ende März fälligen Leistungsprämien anzuordnen.

TODESFÄLLE

Modolv Hareide, von 1972 bis 1978 norwegischer Schiffahrtsminister, ist am 6. März 1983 im Alter von 74 Jahren gestorben. Modolv Hareide war eine angesehene Persönlichkeit in den norwegischen Schiffahrtskreisen und mehrmals Sprecher der norwegischen Delegation auf Schiffahrtskonferenzen der IMO. Außderdem führte er den Vorsitz auf der 62. (Schiffahrts)tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz (Genf, Oktober 1979), auf der eine Reihe wichtiger Übereinkommen über Beschäftigungsbedingungen der Seeleute angenommen wurden.

A.W. Korbijn, ehemaliger Sekretär der Abteilung Straßentransport der Niederländischen Transportarbeitergewerkschaft FNV, ist am 31. März im Alter von 76 Jahren gestorben.

Ake Strömberg, der erste Nachkriegspräsident der Schwedischen Vereinigung der Schiffsoffiziere, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

PERSONALIEN

Alfons Hildgen, ehemaliger Präsident der Luxemburgischen Eisenbahner- und Transportarbeiterföderation (FNCTTFEL), war am 20. März 70 Jahre alt. Wir gratulieren.

Ben Kok, bis vor kurzem Generalsekretär der Niederländischen Transportarbeitergewerkschaft und ehemals Vorsitzender der FNV-Sektion Zivilluftfahrt, ist Ende April aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten.

In der ITF war Ben Kok über 12 Jahre lang Mitglied des Ausschusses der ITF-sektion Zivilluftfahrt. Außerdem vertrat er seine Organisation im Technischen Ausschuß des Bodenpersonals und im Ausschuß der KSSU-Gewerkschaften. Im März 1979 wurde er in den ITF-Vorstand kooptiert. Er wird seinen Vorstandssitz bis zum nächsten ITF-Kongreß im Oktober dieses Jahres in Madrid beibehalten.

David P. Taylor (USA) ist zum Stellvertretenden Generaldirektor der IAO ernannt worden. Wir gratulieren.

Die Universität Harvard hat Lech Walesa, Führer der nunmehr verbotenen unabhängigen polnischen Gewerkschaftsorganisation "Solidarität", den Titel eines Ehrendoktors verliehen.

Heinz Wittkopp, Sekretär der ÖTV-Abteilung städtischer Nahverkehr, ist Anfang März nach einer fünfundzwanzigjährigen gewerkschaftlichen Laufbahn in den Ruhestand getreten. Kollege Wittkopp ist Mitglied des Ausschusses der ITF-Sektion Straßentransport und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der ITF-Sektion Eisenbahn. Wir wünschen ihm alles Gute!

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Technischer ITF-Ausschuß des Fugdeckpersonals	- Paris, 24.-25. Mai 1983
Sozialpolitischer Unterausschuß der Fischer	- Bremerhaven, 13.-14. Juni 1983
ITF-Arbeitsgruppe für Flugleiter	- London, 7. September 1983
Technischer Ausschuß des Kabinenpersonals	- London, 8.-9. September 1983
ITF-Kongreß	- Madrid, 20.-28. Oktober 1983

WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE IN DIESER NUMMER DER ITF-NACHRICHTEN ENTHALTENEN MITTEILUNGEN SIND VOM ITF-SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ERHÄLTLICH!

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

IBFG-AUFRUF ZUM 1. MAI 1983

Zum traditionellen 1. Mai - gleichzeitig Kampftag und Fest der Arbeit - stellt der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem 134 Arbeitnehmerorganisationen in 94 Ländern auf fünf Kontinenten angeschlossen sind, fest, daß im Laufe der letzten Jahre die Weltlage noch komplexer als zuvor geworden ist. Die heutige Situation ist im allgemeinen schlecht und in zahlreichen Regionen der Welt katastrophal.

In den 24 OECD-Mitgliedsstaaten zählt man mindestens 30 Millionen Arbeitslose. In den Entwicklungsländern erreicht die Zahl der Arbeitslosen und der Menschen, die keine regelmäßige Beschäftigung haben, Hunderte Millionen.

Die jährliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft, die in den 60er Jahren jährlich 5,5 Prozent betrug, ist in den 70er Jahren auf 4,3 Prozent zurückgegangen und hat jetzt die Null-Schwelle errreicht!

Prognosen zufolge soll das weltweite Handelsvolumen im Laufe dieses Jahres um 5 Prozent abnehmen.

Die Verschuldung vieler Länder der dritten Welt erreicht 600 Milliarden Dollar, und die meisten Länder sind nicht mehr in der Lage, dem übernommenen Schuldendienst zu genügen.

Jeden Tag sterben etwa 40 000 Kinder in dieser Welt an Hunger, in einer Welt, die ausreichend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren, die aber immer mehr ihre erschreckende Unfähigkeit zeigt, die Nahrungsmittel auf jene zu verteilen, die ihrer am meisten bedürfen.

Es ist heute mehr denn je Aufgabe der gesamten Weltgemeinschaft, ihre Verantwortung angesichts der katastrophalen Situation in der Welt zu übernehmen.

Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung hat immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, damit die Welt die katastrophalen Wirtschaftsbedingungen überwinden und die echte Gefahr beseitigen kann, die heute die Multiplikation anarchischer Situationen bereits darstellt.

Der IBFG erinnert an seine früheren Stellungnahmen und fordert in Anbetracht der OECD-Ministerratssitzung Anfang Mai und des Weltgipfels in Williamsburg Ende Mai die Regierungen auf, ihre Politiken zu konzertieren. Er hebt hervor, daß unbedingt wesentliche Fortschritte bei der Reform des internationalen Währungssystems und des Systems des internationalen Handels verwirklicht werden müssen. Die Zinssätze müssen zurückgenommen werden, der Wechselkurs stabilisiert und die Energiepolitiken verstärkt werden. Die Entwicklungshilfe muß nun wirklich 0,7 Prozent des Brutto-Sozialprodukts der Industrieländer erreichen und jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in dieser Welt muß auf eine angemessene Ernährung rechnen können.

Der 13. Weltkongreß des IBFG, der vom 23. bis 30. Juni 1983 in Norwegen stattfindet, wird sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation auseinandersetzen bei den Diskussionen über das Thema: "ARBEITSPLÄTZE! BESEITIGUNG DER ARMUT!" Der Kongreß wird auch die Politik festlegen, die die freien Gewerkschaften in den nächsten vier Jahren verfolgen sollen.

Die beiden anderen Themen des kommenden IBFG-Kongresses sind: DIE GEWERKSCHAFTSRECHTE! und FRIEDEN, SICHERHEIT UND ABRÜSTUNG!

Die grundlegenden Gewerkschaftsrechte sind unveräußerliche Rechte der Arbeitnehmer und die Aufgabe der freien Gewerkschaften ist mehr denn je aktuell in der heutigen Welt, in der in vielen Gegenden die Verletzung der Menschenrechte an der Tagesordnung ist und die Gewerkschafter häufig ihre ersten Opfer sind. Seit 1980 waren etwa 80 Gewerkschafter, deren Namen bekannt sind, Opfer politischer Morde. Tausende Gewerkschafter wurden in Gefängnisse geworfen oder zwangsweise in psychiatrische Kliniken eingewiesen. Unter fast allen Unterdrückungsregimen - in vielen mittel- und lateinamerikanischen Ländern, in der Sowjetunion, in Polen, in der Türkei, in Südafrika usw. - werden die Gewerkschaftsrechte geknebelt und sogar völlig verweigert.

Es vergeht kein Tag, an dem der IBFG nicht in irgendeinem Teil der Welt interveniert, um gegen Maßnahmen von Regierungen zu protestieren, die sich nicht an die internationalen Übereinkommen zur Gewerkschaftsfreiheit halten. In letzter Zeit waren wir Zeuge des Verbots frei konstituierter Gewerkschaften, einer teilweisen Beschränkung der Gewerkschaftsfreiheit und der allmählichen Aushöhlung von Gewerkschaftsrechten, der Druchsuchung von Gewerkschaftsbüros und der Beschlagnahme von Eigentum organisierter Arbeitnehmer.

Wir alle, die Arbeitnehmer der freien Welt, müssen uns zusammenschließen und unsere Anstrengungen in einer starken Internationale vereinigen, um jene zu unterstützen, die in zahlreichen Ländern unter Einsatz ihres Lebens und gegen den hartnäckigen Widerstand ihrer Regierungen und Arbeitgeber die Gewerkschaftsfreiheiten und -rechte verteidigen, ohne die eine harmonische Koexistenz der verschiedenen Schichten einer Gesellschaft nicht möglich ist. Die Demokratie ist ein Ganzes, sie besteht oder sie besteht nicht. In einem Land, in dem den Arbeitnehmern die grundlegenden Rechte verweigert werden, besteht keine Demokratie.

Achtung der Menschenrechte, gerechte Verteilung der Früchte der Wirtschaftsproduktion und der Entwicklung, Frieden in gemeinsamer Sicherheit sind die einzigen Grundlagen für die Zukunft der Menschheit, und zwar um so unerläßlicher, als die Anhäufung nuklearer und konventioneller Waffen, ihre Zerstörungskraft und ihr hoher technischer Stand auf allen lasten, im Osten und im Westen, im Norden und im Süden, eine Bedrohung, die eine völlige Zerstörung zur Folge haben könnte.

Darum hat der IBFG auf die Tagesordnung für seinen Weltkongreß im Juni das Thema "Frieden, Sicherheit und Abrüstung" gesetzt. Im Zusammenhang mit dem Aufruf, mit dem der IBFG-Vorstand Ende 1981 die sofortige Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen gefordert hatte, werden die Delegierten, die etwa 85 Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien vertreten, sich mit dem gegenwärtigen Stand dieser Verhandlungen auseinandersetzen und Aktionen beschließen, die die Gewerkschaften ergreifen sollten.

BROT, FRIEDEN, FREIHEIT! das ist die Devise des IBFG seit seiner Gründung 1949. Am 1. Mai werden sich Millionen Arbeitnehmer zu Kundgebungen zusammenfinden und für die in dieser Devise ausgedrückten Zielsetzungen eintreten.

Zielsetzungen, um die es sich lohnt zu kämpfen! Schließen wir uns zusammen und der Erfolg wird unser sein.

Es lebe der 1. Mai! Es leben die freien Gewerkschaften!

ERKLÄRUNG DER SÜDAFRIKANISCHEN GENERAL WORKERS' UNION (GWU) ÜBER DEN STREIK DER BEI SATS IN PORT ELIZABETH BESCHÄFTIGTEN ARBEITNEHMER

Am 30. August 1982 begann in Port Elizabeth (Südafrika) ein Bummelstreik der im Dienste der Südafrikanischen Verkehrsdienste (SATS) stehenden Hafenarbeiter, um die Anerkennung der GWU durch die Arbeitgeber zu erzwingen. Diese Arbeitnehmer wurden von den bei privaten Stauereibetrieben beschäftigten GWU-Mitgliedern gewerkschaftlich organisiert. Der Beschluß zur Durchführung dieses Bummelstreiks kam nach jahrelangen Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Anerkennung der GWU als rechtmäßiger Interessenvertreter.

Als die SATS-Hafenarbeiter in East-London und Port Elizabeth der GWU beitraten, beauftragten sie die Gewerkschaft, Gespräche zwischen SATS und GWU zu beantragen. Die Gewerkschaft tat dies wiederholt über eine Zeitspanne von mehr als einem Jahr. Zu keinem Zeitpunkt war die SATS bereit, in Diskussionen mit der GWU einzutreten. Stattdessen veranlaßte die SATS die Eisenbahnpolizei und den Sicherheitsdienst, GWU-Mitglieder zu verhören, anzugreifen und einzuschüchtern. Ferner versuchte die Geschäftsleitung der SATS, die schwarzen Hafenarbeiter zu zwingen, einer von der Geschäftsleitung gebildeten und kontrollierten "Vereinigung schwarzer Arbeitnehmer" beizutreten.

Die Hafenarbeiter wollten keinen Streit mit den Arbeitgebern -- sie bestanden lediglich darauf, durch eine Gewerkschaft ihrer Wahl vertreten zu werden. Sie wollten diesbezügliche Gespräche zwischen GWU und SATS und warteten, trotz einer intensiven Provozierung seitens der Geschäftsleitung und der Polizei, über ein Jahr geduldig auf solche Gespräche. Sie waren jedoch nicht bereit, der "Vereinigung schwarzer Arbeitnehmer" beizutreten und nicht gewillt, der Gewerkschaft ihrer Wahl den Rücken zuzukehren.

Die allgemeinen Beschwerden der SATS-Arbeitnehmer gleichen denen aller anderen Arbeitnehmer. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sind schlecht, weswegen sie bestrebt waren, diese durch gewerkschaftliche Organisierung und Verhandlungen zu verbessern. Die südafrikanische Regierung behauptet, das Vereinigungsrecht anzuerkennen und prahlt in aller Welt mit ihrer fortschrittlichen Sozialreform. Als jedoch Arbeitnehmer, die im Dienste eines verstaatlichten Betriebes (nämlich der SATS) standen, einer Gewerkschaft ihrer Wahl beitraten, zeigte es sich, wie hohl diese Sozialreform der Regierung war. Die Regierung hat ferner behauptet, daß es am Arbeitsplatz und in der Arbeitsgesetzgebung

keine Rassendiskriminierung mehr gibt. Jedermann weiß, daß das nicht wahr ist, und insbesondere das Verhalten der SATS hat dies unwiderlegbar bewiesen.

Eine der Hauptbeschwerden der SATS-Arbeitnehmer richtet sich gegen die gesetzliche Klassifizierung aller schwarzen Arbeitnehmer als Gelegenheitsarbeiter. Ein Schwarzer kann 30 Jahre lang für die Eisenbahn arbeiten. Er bleibt ein Gelegenheitsarbeiter aufgrund seiner Hautfarbe. 150.000 schwarze Eisenbahner sind hiervon betroffen. Dies beweist besonders eindeutig die Scheinheiligkeit der sogenannten Sozialreformen.

Der Gelegenheitsarbeiter-Status war ein Problem, das die SATS-Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitgeber diskutieren wollten. Am 30. August vorigen Jahres gelangten sie schließlich zu dem Schluß, daß die SATS nicht bereit war, Gespräche mit ihnen zu führen. Sie sahen sich somit gezwungen, von der einzigen ihnen noch verfügbaren Waffe -- ihrer Stärke und Einigkeit -- Gebrauch zu machen und begannen einen Bummelstreik, um die Arbeitgeber zu solchen Gesprächen zu zwingen. Am 1. September 1982 kam die Polizei mit Hunden in den Hafenbereich. Die Arbeiter wurden in Bussen und Polizeifahrzeugen abtransportiert.

Die Entschlossenheit der Arbeiter wurde jedoch dadurch nicht beeinträchtigt. Sie weigerten sich, individuell um Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit anzusuchen. Der Verkehrsminister erklärte, daß ein Ausschuß mit der Untersuchung der Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen beauftragt worden sei. Die Arbeitnehmer warteten auf das Ergebnis dieser Untersuchung, das nie veröffentlicht wurde. Die GWU ist davon überzeugt, daß dieser Ausschuß eine Erfindung war, um die direkte Kritik von der SATS abzulenken.

Am 10. Februar 1983 beschlossen die Arbeitnehmer ihren Streik einzustellen. Sie hatten fast 6 Monate nichts verdient. Im Hafen gab es wenig Arbeit, und der Untersuchungsausschuß hatte keinen Bericht veröffentlicht.

Zweifellos wird dieser Arbeitskonflikt langfristige positive Auswirkungen haben. Es war das erste Mal seit vielen Jahren, daß SATS-Arbeitnehmer dem Arbeitgeber die Stirn geboten und damit anderen Bediensteten des gleichen Unternehmens ein Beispiel gegeben haben. Durch ihre Aktion wurde die Ausbeutung der Schwarzen bei den Eisenbahnen und in der Hafenwirtschaft angeprangert und die Hohlheit der Sozialreformen der Regierung ans Licht gebracht. Die Arbeitnehmer bilden weiterhin eine geschlossene Front und ihre Gewerkschaftstreue bleibt unbeeinträchtigt. Ihre Disziplin und Würde wird allen anderen schwarzen Arbeitern ein Beispiel sein.

Dennoch läßt es sich nicht abstreiten, daß sie ihren Streik verloren haben; desgleichen ihre Arbeitsplätze. Noch war es ihnen möglich, die SATS zu zwingen, ihre Gewerkschaft anzuerkennen. Diese Niederlage war um so bitterer, weil ihre Ursache nicht in Mangel an Einigkeit oder irgendwelchen Fehlmaßnahmen bestand. Die Arbeiter waren vereint und entschlossen, dennoch zeigte es sich, daß die Arbeitgeber und die Regierung zu stark für sie waren.

Welche Lehren sollten wir aus diesem Konflikt ziehen? Daß die SATS-Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert werden können? Daß die SATS zu mächtig ist und man sie nie zwingen wird, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer stattzugeben? Die GWU und die Hafenarbeiter von Port Elizabeth glauben nicht, daß dies korrekte Schlußfolgerungen sind. Aber sie wissen jetzt, daß eine Einzelgewerkschaft die SATS nicht schlagen kann. Die gewerkschaftliche Organisierung des SATS-Personals wird erst durchgesetzt werden, wenn eine Reihe zuständiger Gewerkschaften ihre Ressourcen, Erfahrungen und Schlagkraft vereinen und landesweit beginnen, SATS-Arbeitnehmer zu organisieren. Die in Port Elizabeth gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß die SATS-Arbeiter -- wie auch alle anderen Arbeiter -- sich nicht vor der Macht der Arbeitgeber fürchten. Nunmehr ist es die Aufgabe der etablierten Gewerkschaften, die Macht und Würde sowie die Bereitschaft der SATS-Arbeiter, den ihnen gebührenden Platz in der Gewerkschaftbewegung einzunehmen, anzuerkennen und somit eine Basis für die zur Organisierung der 150.000 SATS-Arbeiter erforderliche Einigkeit zu schaffen.

GENERAL WORKERS' UNION
KAPSTADT
FEBRUAR 1983

Anmerkung: Die South African Transport Services (SATS) sind ein verstaatlichtes Unternehmen. Der größte Bereich dieses Unternehmens sind die Südafrikanischen Eisenbahnen, die gleichzeitig Eigentümer und betrieblicher Leiter der Häfen des Landes sind, obwohl der Stauereibetrieb von Privatunternehmen durchgeführt wird.